

Niederlage für Wohlwends Pläne

Der Gemeinderat hat dem Stadtpräsidenten gestern zwar einen Planungskredit für Neuhegi bewilligt, aber Auflagen gemacht, die der Stadtrat partout nicht wollte: Arbeitsplazzonen statt noch mehr Einwohner. Wohlwend kämpfte, unterlag aber schliesslich.

MARTIN GMÜR

Mit Kittel und Krawatte trotzte Stadtpräsident Ernst Wohlwend (SP) gestern im Gemeinderat der Hitze. Und er redete sich erst noch ins Feuer. Den Antrag, den die Grünliberalen in der Aufsichtskommission eingebracht hatten, wollte Wohlwend unter allen Umständen zu Fall bringen. Er appellierte und erklärte, er bat und drohte. Doch alle ätzte nichts: GLP, SVP, FDP, CVP und PP blieben dabei und bildeten die Mehrheit: Ja zum Planungskredit von 1,5 Millionen Franken für die 100 Hektaren, aber nur mit dem Zusatz, den der Stadtrat nicht wollte.

Der Antrag enthält einerseits das, was der Stadtrat auch will: Mehr Arbeitsplätze und eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Winterthur im Gebiet Neuhegi. Aber er enthält auch genaue Vorgaben: Bei der Überarbeitung des Zonenplans darf die Fläche der Arbeitsplazzonen nicht verkleinert werden. Ziel von Initiant Michael Zeugin von den Grünliberalen ist es, den Bevölkerungsboom zu brechen und stattdessen mehr Unternehmen anzusiedeln. Das sei «entscheidend für die Zukunft der Stadt», sagte er. Wohnen und Arbeiten am selben Ort fördere zudem die Ziele der angestrebten 2000-Watt-Gesellschaft.

Wohlwend beteuerte, der Stadtrat habe diese Botschaft schon lange gehört und folge dieselben Ziele. Doch sei es «absurd», zu Beginn eines Planungsprozesses solche Vorgaben zu machen. Das widerspreche jeglicher

Nur die SP, die Grünen und die EVP stellten sich hinter Wohlwend, alle anderen Votanten sprachen sich für den GLP-Antrag aus, der schon in der Aufsichtskommission eine Mehrheit gefunden hatte. René Harlacher (CVP) sagte, es brauche «gewisse Vorgaben des Parlaments». Markus Wenger (FDP) stellte kürzere Arbeitswege und mehr Steuereinnahmen von Unternehmen in Aussicht, ohne dass dafür Ausgaben etwa für Schulhäuser fällig würden. Und Felix Helg plädierte dafür, trotz rechtlicher Unsicherheit dem Antrag zuzustimmen, da sonst der ganze Planungskredit überarbeitet werden müsste, was Verzögerungen zur Folge hätte.

«Es ist absurd, jetzt schon festzulegen, was die Planung am Ende hervorbringen soll»

Stadtpräsident Ernst Wohlwend (SP)

planerischen Vernunft. Der Stadtpräsident stellte ausserdem in Frage, ob der Gemeinderat überhaupt zu solch einem Zusatzantrag legitimiert sei. Er liess jedoch offen, ob der Stadtrat rechtlich dagegen vorgehen werde.

Wohlwends Argumente wurden zwar gehört, doch das Parlament stellte seine politische Macht über die planerische Usanz. Die Meinungen und die Mehrheit waren gemacht – und Wohlwends Niederlage war damit besiegelt.



Gerade bei den beiden Bahnhöfen Grüze und Hegi (Bild) sei eine Mischnutzung von Wohnen und Gewerbe aus Sicherheitsgründen nötig, sagte Ernst Wohlwend. Archivbild: nio